

## 10. Sitzung des Gemeinderates - öffentlich -

Sitzungstag:

**Donnerstag, 14.01.2021**

Sitzungsort:

**Feststadl**

Namen der Mitglieder des Gemeinderates		
anwesend	abwesend	Abwesenheitsgrund
<b>Vorsitzender:</b> Erster Bürgermeister Andreas Kemmelmeier		
<b>Niederschriftführer:</b> Schriftführer Felix Kinzinger		
<b>Gremiumsmitglieder:</b> Manfred Axenbeck Dr. Günther Ernstberger Gisela Fischer Sabine Fister Udo Guist Raphael Gutmann Lorenz Ilmberger Albert Kirnberger Claudia Leitner Johannes Mecke Gertrud Mörike Klara Mörike Dr. Stephanie Moser Günter Peischl Manuel Prieler Marianne Rader Jutta Schödl Philipp Schwarz Simone Spratter Heide Veit Thomas Weingärtner Johann Zehetmair Stefan Zehetmair		
	Saran Diané	

## 10. Sitzung des Gemeinderates vom 14.01.2021

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Der Vorsitzende begrüßt die Mitglieder des Gemeinderats, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt ferner die anwesenden Vertreter der Presse, die Vertreter der Verwaltung sowie sämtliche Zuhörer der öffentlichen Sitzung.

Entschuldigt fehlt heute das Gemeinderatsmitglied Frau Diané.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gratulierte der Vorsitzende den Gemeinderatsmitgliedern Frau Rader, Herrn Ilmberger, Herrn Dr. Ernstberger, Frau Mörike und Frau Schödl nachträglich zum Geburtstag.

Nachdem keine Einwände gegen die festgesetzte Tagesordnung bestehen, eröffnet der Vorsitzende die Sitzung.

#### 101 24 **Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift**

Beschluss: 24 : 0

Die Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 12.11.2020, die den Gemeinderatsmitgliedern übermittelt worden ist, wird genehmigt.

AZ 024  
Hauptamt

#### 102 24 **Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlichen Sitzungen**

Von den in nichtöffentlichen Sitzungen des Gemeinderates gefassten Beschlüsse wurde kein Beschluss in der heutigen öffentlichen Sitzung verlesen, weil die Gründe der Geheimhaltung noch bestehen.

AZ 024  
Hauptamt

## 10. Sitzung des Gemeinderates vom 14.01.2021

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

24     **Jahresrechnung 2019:**

AZ 9520  
Finanzen

103     24     **Jahresrechnung 2019:**  
**Genehmigung der über- und außerplanmäßigen Ausgaben im**  
**Rechnungsjahr 2019**

Der Bürgermeister stellt fest, dass den Gemeinderatsmitgliedern im Juli 2020 mit der Jahresrechnung 2019 die Aufstellung der über- und außerplanmäßigen Ausgaben im Rechnungsjahr 2019 zugestellt wurde.

Die Zusammenstellung der im Laufe des Rechnungsjahres 2019 notwendig gewordenen über- und außerplanmäßigen Ausgaben, Stand 29.06.2020 wird bekannt gegeben und dem Gremium zugestellt.

Beschluss: 24 : 0

Die im Laufe des Rechnungsjahres 2019 erfolgten und noch nicht vom Gemeinderat beschlossenen über- und außerplanmäßigen Ausgaben werden genehmigt; deren Notwendigkeit wird anerkannt.

AZ 9520  
Finanzen

104     24     **Jahresrechnung 2019:**  
**Feststellung der Jahresrechnung 2019 und Entlastung gem. Art. 102**  
**Abs. 3 GO**

Zu diesem Tagesordnungspunkt übernimmt der Zweite Bürgermeister den Vorsitz, da der Erste Bürgermeister bei diesem Tagesordnungspunkt persönlich beteiligt ist. Er ist daher gemäß Art. 49 Abs. 1 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (GO) von der Beratung und Beschlussfassung auszuschließen.

Der Zweite Bürgermeister bringt den Beschluss vom 16.07.2020, Nr. 55 in Erinnerung, mit dem der Gemeinderat die Jahresrechnung 2019 zur Prüfung verwies.

Der Zweite Bürgermeister stellt fest, dass den Gemeinderatsmitgliedern im Juli 2020 die Jahresrechnung 2019 übergeben wurde.

Das Gemeinderatsmitglied Frau Sabine Fister gibt als Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses den Prüfungsbericht mit den Anregungen und Feststellungen in der Aktenvormerkung vom 29.07.2019 bekannt. Die

## 10. Sitzung des Gemeinderates vom 14.01.2021

Lfd. Anwe-  
Nr. send

### Vortrag - Beschluss

darin enthaltenen Anregungen des Prüfungsausschusses wurden an die entsprechenden Fachbereiche der Verwaltung zur Beachtung und Erledigung weitergeleitet.

Die Jahresrechnung 2019 kann aufgrund des Ergebnisses der örtlichen Prüfung vom Gemeinderat festgestellt werden. Nach Artikel 102 Abs. 3 GO erfolgt die Entlastung des Bürgermeisters nach der örtlichen Prüfung.

Der Soll-Abschluss für das Haushaltsjahr 2019 wird bekannt gegeben

Beschluss: 23 : 0

#### Feststellung der Jahresrechnung 2019

Der Rechnungsabschluss (Soll-Abschluss) wird vom Gemeinderat anerkannt und die Jahresrechnung 2019 gem. Art. 102 Abs. 3 GO festgestellt auf:

	Summe bereinigte Soll-Einnahmen EUR	Summe bereinigte Soll-Ausgaben EUR
Verwaltungshaushalt	109.407.850,42	109.407.850,42
Vermögenshaushalt	124.592.228,20	124.592.228,20
<b>Gesamthaushalt</b>	<b>234.000.078,62</b>	<b>234.000.078,62</b>

#### Entlastung

	EUR
Die gesamten Kasseneinnahmereste betragen	2.967.654,34
Die gesamten Kassenausgabereste betragen	-57.508,47
Der Stand des Vermögens nach § 76 Abs. 1 KommHV (Forderungen IST am 31.12.2019)	94.436.489,00
und der des Vermögens nach § 76 Abs. 2 KommHV (Wertstoffhof, Friedhof und Abwasserbeseitigung)	18.025.743,00
Die Schulden betrugen am 31.12.2019	0,00
und die Rücklagen nach dem Soll-Abschluss	335.373.885,19

## 10. Sitzung des Gemeinderates vom 14.01.2021

Lfd. Nr. Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Der Gemeinderat beschließt gem. Art. 102 Abs. 3 GO die Entlastung der Verwaltung für 2019.

Der Erste Bürgermeister hat sich an dieser Abstimmung auf Grund persönlicher Beteiligung im Sinne des Art. 49 Abs. 1 GO nicht beteiligt.

AZ 9520  
Finanzen

#### 105 24 **Bericht aus der Bürgerversammlung 2020**

Am Mittwoch, den 14. Oktober 2020, fand im Großen Saal des Bürgerhauses Unterföhring gem. Art. 18 Abs. 1 Bayerische Gemeindeordnung (GO) die alljährliche Bürgerversammlung statt.

Herr Bürgermeister Kemmelmeyer eröffnete um 19:30 Uhr die Versammlung und begrüßte die Bürgerinnen und Bürger sowie die Gäste. Als Gäste waren Herr Landrat Göbel und der Leiter der Polizeiinspektion Ismaning, Herr Bauer, anwesend.

Es lagen drei schriftliche Anträge vor (Antrag von Herrn Peter Lorenz v. 08.10.2020; Antrag von Sahra u. Florian Kraus v. 09.10.2020; sowie von Isabelle u. Rudolf Simbürger v. 08.10.2020. Alle drei Anträge gingen per E-Mail ein).

(1) Der Antrag von Herrn Peter Lorenz lautet wie folgt:

Der Gemeinderat wird gebeten, die Empfehlungen aus der „Verkehrsuntersuchung zum Bebauungsplan Nr. 90/19 zur Errichtung eines neuen Bauhofes an der Birkenhofstraße“ vom 14.04.2020 aufzunehmen und Folgendes zu beschließen: Sperrung der östlichen Aschheimer Straße (zwischen Römerweg und Birkenhofstraße) für den heutigen und künftigen SV-Durchgangsverkehr (Schwerverkehr > 3,5 t) und Öffnung des Etzweg für den Schwerverkehr mittels Ausnahmegenehmigungen oder einer entsprechenden Beschilderung.

Herr Lorenz trägt sein Anliegen vor. Die Thematik wird unter verschiedenen Aspekten kontrovers diskutiert. Herr Bgm. Kemmelmeyer macht den Vorschlag, ein Durchfahrtsverbot für Kfz. ab 3,5 t, in einer Testphase auf 1 Jahr befristet, zu erproben. Herr Bauer (PI 26) bringt eine „30 km/h Zone“ sowie eine „Beschilderung landwirtschaftlicher Verkehr frei“ in die Diskussion ein.

Über den Antrag wird nicht abgestimmt. Herr Bgm. Kemmelmeyer nimmt den Antrag als Prüfauftrag an die Verwaltung mit.

Sachstand:

Am 10.12.2020 fand in dieser Angelegenheit ein Gespräch im Amt 3, zwischen Herrn Kapfenberger, Herrn Scholz sowie Frau Jackisch statt. Für

## 10. Sitzung des Gemeinderates vom 14.01.2021

Lfd. Anwe-  
Nr. send

### Vortrag - Beschluss

---

einen Probezeitraum von einem Jahr soll nun ein Durchfahrtsverbot für die östliche Aschheimer Straße angeordnet werden. Einzelheiten sind dem beiliegenden Aktenvermerk des Bauamts zu entnehmen.

(2) Es folgt der Antrag von Sahra und Florian Kraus:

Antrag auf Verkehrssicherheitsprüfung des Schulwegs Isarauen/Kanalstraße – Machbarkeitsprüfung der Entspannung der Verkehrssituation durch Wandlung in eine „Spiel- und Einbahnstraße“

Das Anliegen des Antrags ist gut und ein wichtiges Thema.

Herr Kemmelmeier nimmt den Antrag wiederum nach Rückfrage beim Antragsteller als Prüfauftrag für die Verwaltung und das Gremium mit. Mit den Anwohnern soll eine Umfrage erfolgen.

Sachstand hierzu:

Vom techn. Tiefbauamt wurde inzwischen ein Ingenieurbüro beauftragt, welches bereits eine 1. Studie mit Erläuterungsbericht vorgelegt hat. Die Optionen Verkehrsberuhigter Bereich / Einbahnstr. / Erweiterung der vorh. Gehwege wurden dazu behandelt und die Empfehlung für einen Lückenschluss der Gehwege gegeben. Nach interner Abstimmung im Bauamt und mit der PI 26, soll das Gremium (vorberatend BA) voraussichtlich im Feb. 2021 darüber entscheiden.

(3) Den nächsten Antrag stellen Isabelle und Rudi Simbürger:

Es wird ein Antrag (zur Errichtung) für zwei Boule/Pétanque Spielbahnen gestellt. Herr Bürgermeister Kemmelmeier verliest den Antrag vom 08.10.2020. Er stellt fest, dass das eine gute Idee ist und schlägt vor und sichert zu, den Antrag mit in die Verwaltung zu nehmen. Erneut ist keine Abstimmung notwendig.

Sachstand dazu:

Das techn. Tiefbauamt hat inzwischen Kontakt zu den Antragstellern aufgenommen und auch Unterlagen zur Anlage eines Boule-Platz, im Grundsätzlichen und im Speziellen des neuen Garchinger Boule-Platz, vorliegen. Die Frage nach dem Standort wird derzeit mit dem Landratsamt und dem Erholungsflächenverein abgestimmt und die Möglichkeit auf Errichtung an einem der beiden Unterföhringer Seen (Feringasee, Poschinger Weiher) geprüft.

Anschließend sollen dem Gremium die Optionen (Standort, Gestaltungsentwurf u. Schätzkosten) vorgestellt und zur Abstimmung gestellt werden.

Weitere Anträge lagen nicht vor.

Anschl. werden von Bürgerinnen und Bürgern Anfragen, Anregungen und Wünsche vorgebracht.

## 10. Sitzung des Gemeinderates vom 14.01.2021

Lfd. Anwe-  
Nr. send

### Vortrag - Beschluss

---

#### (4) Anfrage von Herrn Josef Trundt

Die (schriftl.) Anfrage von Herrn Trundt, an Herrn Landrat Göbel gerichtet und die Thematik vierspuriger Ausbau M3 betreffend, wird von Herrn Bgm. Kemmelmeyer verlesen (Herr Trundt bleibt infolge der derzeitigen Corona Situation der Versammlung fern):

Herr Landrat Göbel nimmt zu den Fragen Stellung. Er hält fest, dass erhebliche Abweichungen von einer üblichen Nutzung (Verkehrsbelastung) einer Kreisstraße bestehen. Die Kapazitätsgrenze ist überschritten. Der Landrat spricht ein eingeleitetes Umstufungsverfahren (Höherstufung) der Kreisstraße zur Staatsstraße an, was bedeutet, dass der Baulastträger dann der Freistaat werden würde. Fragen zu Planungsstand und Planreife konnte Herr LR Göbel nicht beantworten.

#### (5) Herr Stefan Ganser u. Herr Walter Donaubauer melden sich zu Wort:

Nachgefragt wird der Sachstand zum „Ausbau Föhringer Ring“.

Herr Kemmelmeyer erklärt kurz, dass die Planungen (aus dem Jahr 2004) hier neu aufgerollt und an die aktuellen Vorschriften angepasst werden müssen.

#### (6) Wünsche und Beschwerden von Frau Martina Hösch:

Frau Hösch listet zunächst einige Unterföhringer Baumaßnahmen auf. Anschließend beklagt Frau Hösch in zeitlicher Chronologie aufzählend (seit 2018), verschiedene bauliche Mängel etc. und die lange Zeitschiene der Umsetzung im Interimskinderhaus Straßäckerallee 15 an. Herr Kemmelmeyer stellt die Frage, weswegen Frau Hösch sich nicht schon eher bei ihm gemeldet hat und sichert im gleichen Zug zu, für noch bestehende Probleme zeitnahe Lösungen anzustoßen.

#### (7) Wunsch von Herrn Gernet:

Herr Gernet spricht den Schulweg zur Mitterfeldallee (Campus) an. Die Mitterfeldallee ist 4-spurig ausgebaut. Das Geländer an der Kurve zur Unterführung hin ist zu kurz. Wer dort abgelenkt ist, könnte direkt in den Schulweg fahren. Dies stellt eine nicht geringe Gefahr dar. Das Aufprallgeländer soll verlängert werden. Herr Kapfenberger erläutert den unfertigen Bauzustand und stellt eine Änderung zum Ende der Herbstferien in Aussicht.

Sachstand:

Eine bauliche Veränderung (Verlängerung des Geländers) ist wegen der Zufahrt zum Rettungsplatz Süd derzeit nicht möglich. Eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h ist angeordnet. Eine Beschilderung (Verkehrszeichen VZ 625-10 "Richtungstafel in Kurven") wird angebracht.

## 10. Sitzung des Gemeinderates vom 14.01.2021

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Herr Gernet wird vom Bauamt entsprechend informiert.

(8) Anregung von Herrn Andreas Axenbeck:

Herr Axenbeck spricht das Gefährdungspotential des Spazierweges am Isarkanal für Mensch und Tier an.

Es sind keine Rettungseinrichtungen wie Stange, Rettungsring, vorhanden.

Die guten Anregungen werden von der Verwaltung geprüft und mit dem Betreiber des Isarkanals abgestimmt.

Sachstand dazu:

Das SG 1.2 (Herr Klietsch) ist bereits in Verhandlung mit uniper als Kanalbetreiber. Es wird in Kürze ein gemeinsamer Ortstermin stattfinden, an dem mögliche Installationen von Rettungsmittel erörtert werden.

Herr Axenbeck ist über den aktuellen Sachstand insoweit informiert.

In diesem Zusammenhang berichtet der Bürgermeister, dass in Bezug für die Wasserrettung für die Rettungskräfte am Feringasee, in Absprache mit dem Landratsamt München und dem überörtlichem Erholungsflächenverein, die Einwasserungsstelle südlich des Surfer-Kioskes ertüchtigt wurde.

Ferner ist für die Einwasserungsstelle am Isarkanal an der Bauhofstr. die Installation eines stationären Krans vorgesehen. Dies erleichtert das Einheben von Rettungsbooten und bringt einen erheblichen Zeitvorteil gegenüber der aktuellen Situation, bei welcher die Boote mit einem Mobilkran der Feuerwehr eingehoben werden. Die Verwaltung ist hier bereits in engem Austausch mit uniper sowie den Bayernwerken. Eine Inbetriebnahme ist für `21 vorgesehen.

Der Gemeinderat nimmt den Bericht aus der Bürgerversammlung zur Kenntnis.

Eine Beschlussfassung ist nicht veranlasst.

AZ 0263  
Hauptamt

106

24

#### **Antrag der CSU-Fraktion zur weiteren Vorgehensweise bei der Bebauung der Ortsmitte "UFO"**

Der Erste Bürgermeister gibt den Antrag des Ortsverbandes der CSU Unterföhring zur weiteren Vorgehensweise bei der Bebauung der Ortsmitte „UFO“ vom 08.10.2020, eingegangen bei der Gemeinde Unterföhring am 08.10.2020, bekannt. Der Antrag wurde dem Gremium zugestellt.



## 10. Sitzung des Gemeinderates vom 14.01.2021

Lfd. Anwe-  
Nr. send

### Vortrag - Beschluss

---

Der Gemeinderat möge beschließen:

1. Der Bauabschnitt 2 / Rathaus wird zurückgestellt und gemeinsam mit dem Ideenteil neu überplant bzw. entwickelt.
2. Der Bauabschnitt 3 mit Vollsortimenter, Läden und Wohnungen wird schnellstmöglich realisiert. Der Kinderarzt soll in einer gemeindlichen Immobilie vorübergehend untergebracht werden.

Begründung:

Vom Eigentümer der Fläche „Ideenteil“ wurde der Wunsch geäußert, den Rathausplatz gemeinsam zu gestalten. Aber auch durch die geplante Bebauung des Ideenteils mit Klinik, Ärztehaus und Gaststätte in eine Umplanung und gemeinsame Planung notwendig.

Darum sollte der Bauabschnitt 3 vorgezogen werden, da dieser von der Nutzung her schon feststeht und schnell realisiert werden kann, um der geplanten Ortsmitte ein weiteres Stück näher zu kommen.

Beschluss: 4 : 20

Der Gemeinderat beschließt gemäß dem Antrag der CSU Unterföhring zum weiteren Vorgehen vom 08.10.2020 folgendes:

1. Der Bauabschnitt 2 / Rathaus wird zurückgestellt und gemeinsam mit dem Ideenteil neu überplant bzw. entwickelt.
2. Der Bauabschnitt 3 mit Vollsortimenter, Läden und Wohnungen wird schnellstmöglich realisiert. Der Kinderarzt soll in einer gemeindlichen Immobilie vorübergehend untergebracht werden.

AZ 611  
Bauamt

107 24

#### **Neubau Feuerwehrgerätehaus und Wohnnutzung in Unterföhring; Vorlage der Entwurfsplanung einschließlich der Kostenberechnung**

Der Vorsitzende erinnert an den Gemeinderatsbeschluss Nr. 59, vom 22.07.2020 in welchem folgendes beschlossen wurde:

Die Kostenschätzung für den Neubau Feuerwehrgerätehaus mit Wohnnutzung in Höhe von rund 22.675.717,00 € brutto (Baukosten und Baunebenkosten) Vorentwurf Stand 09.07.2020 (mit Einsparung insgesamt) wurde genehmigt. Weiterhin wurde beschlossen, dass die Entwurfsplanung und KOB zu erstellen ist.

In der Sitzung wurden bereits die Einsparungen in Höhe von 264.000,00 € brutto beschlossen.

Am 28.10.2020 wurde in einer Informationsveranstaltung dem Gemeinderat ein Zwischenstand der Entwurfs-Planung vorgestellt und die Fragen

## 10. Sitzung des Gemeinderates vom 14.01.2021

Lfd. Anwe-  
Nr. send

### Vortrag - Beschluss

---

beantwortet. Zwischenzeitlich wurde die Entwurfsplanung mit Kostenschätzung erstellt.

Folgende Unterlagen werden dem Gremium zugestellt:

- Planunterlagen (Grundrisse, Ansichten, Lageplan)
- Ansichten N-S \_ Schnitt B2 und O-W Stand 08.10.2020
- Lageplan Stand 19.10.2020
- UG, EG, 1.OG, 2.OG, Dachaufsicht Stand 19.10.2020
- Schnitte A und B Stand 19.10.2020
- Entwurfsplanung Dachbegrünung,
- Freianlagen 2.OG, Freianlagen Stand 20.11.2020
- Kostenberechnung DIN 276 Stand 18.12.2020
- Prüfbericht zur Kostenberechnung
- inkl. 5 Anlagen Stand 07.01.2021
- Power Point Präsentation Stand 21.12.2020

In der heutigen Sitzung erläutern Vertreter der Objektplanung und der Projektsteuerung die Entwurfsplanung und Kostenberechnung:

- Kplan, Abensberg - Objektplaner
- Hitzler Ingenieure, München – Projektsteuerer (HI)

Die Kostenberechnung in Höhe von 23.943.480,73 € brutto beinhaltet u.a.

1. Detaillierung Ausstattung Lager und Werkstätten: geprüfte Einrichtungsübernahme Feuerwehr, Ergänzung der fehlenden Elemente, Verschiebung und Vergrößerung des Technikraums neben der Fluchttreppe, Vergrößerung des Raums für das Notstromaggregat, entsprechende Anpassung des Treibstoffs-/Gaslagers
2. Baubegleitung des Erdaushubs (des Grundstücks im Bereich Altlasten)

Folgende Einsparoptionen werden vorgelegt (siehe HI Prüfbericht zur Kostenberechnung):

- Abhangdecke – Ersatz der Akustiklamellendecke durch gelochte GK-Decke  
Einsparpotential KG 300: 10.620,51 € brutto,
- Entfall Pergola Lamellendach – Wohnungen  
Einsparpotential KG 600: 89.250,00 € brutto,

zzgl. jeweils ca. 25 % Baunebenkosten

Die Entscheidung zur Abdeckung der Wartungsgrube (Gitterrost/Panzerrolle) oder Hebebühne wird im Zuge der Ausführung geprüft und dem Gemeinderat noch zur Entscheidung vorgelegt. Hier wäre Einsparpotential möglich.

- Abdeckung Wartungsgrube – Alternative zu Panzerrolle  
Einsparpotential KG 600: ca. 53.550,00 € brutto

## 10. Sitzung des Gemeinderates vom 14.01.2021

Lfd. Anwe-  
Nr. send

### Vortrag - Beschluss

---

Weiter bringt der Erste Bürgermeister zur Kenntnis, dass der Bauantrag dem Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss in der Sitzung am 26.01.2021 vorgelegt werden soll.

Beschluss: 24 : 0

Der Gemeinderat nimmt die Entwurfsplanung (Stand 08./19.10./20.11.2020) und die Kostenberechnung DIN 276 Stand 18.12.2020 in Höhe von 23.943.480,73 € brutto (Indexstand IV Quartal 2020) zur Kenntnis und stimmt dieser Entwurfsplanung einschließlich Kostenberechnung in Höhe von 23.943.480,73 € brutto (Baukosten = 19.174.498,73 €, Baunebenkosten = 4.768.982,- €) mit folgenden Hinweisen und Anmerkungen zu:

Folgende Einsparungen werden nicht vorgenommen:

- Abhangdecke – Ersatz der Akustiklamellendecke durch gelochte GK-Decke  
Einsparpotential Baukosten: 10.620,51 € brutto zuzüglich 25% =  
2.655,00 € Baunebenkosten
- Entfall Pergola Lamellendach – Wohnungen  
Einsparpotential Baukosten: 89.250,00 € brutto zuzüglich 25 % =  
22.312,00 € Baunebenkosten.

Die Gesamtkosten in Höhe von **23.943.480,73 €** brutto werden genehmigt und sind in die Haushaltsplanungen entsprechend aufzunehmen unter den Haushaltsstellen:

13001.9490 **4.768.982,00 €** brutto Bau-Nebenkosten und  
13001.9420 **19.174.498,73 €** Baukosten

zu verbuchen.

Die Ausführung der Wartungsgrube und zum Sonnenschutz (Gegenüberstellung der Kosten für Errichtung von Markisen gegenüber den o.g. Ausführung mit einer Pergola), sind noch mit dem Planer und der Feuerwehr abzustimmen und dem Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss zur finalen Entscheidung vorzulegen.

AZ 611  
Bauamt

## 10. Sitzung des Gemeinderates vom 14.01.2021

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

24     **Neubau Bauhof Unterföhring:**

AZ 611  
Bauamt

108     24     **Neubau Bauhof Unterföhring:**  
**Vorstellung Farb- und Materialkonzept (Empfehlungsbeschluss aus**  
**dem Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss)**

Der Erste Bürgermeister bringt den Beschluss des Gemeinderates vom 10.09.2020, Beschluss Nr. 66, in Erinnerung, mit welchem der Entwurfsplanung (LPh 3), Stand 30.07.2020, mit zugehöriger Kostenberechnung (KOB), Stand 31.07.2020, zur Kenntnis genommen hat.

Die nach Abzug der festgelegten Einsparmaßnahmen benannten Gesamtprojektkosten in Höhe von 21.881.760,- € brutto (22.500.000,- € brutto abzüglich 618.240,- € brutto) wurden genehmigt.

Im Rahmen der weiteren Planung konnte das Erfordernis für die Fassadenrinnen vor den Hallentoren im Innenhof nicht weiter bestärkt werden. Die Fassadenrinnen als verschraubte Schwerlastrinnen sollen aus Unterhaltsgründen mangels verpflichtenden Erfordernisses entfallen. Die Kosteneinsparungen belaufen sich gemäß Änderungsantrag vom 12.11.2020 auf insgesamt 40.641,17 € brutto.

Durch die Planungsbeteiligten wurde auf Grundlage der bisherigen Beschlüsse ein Bemusterungskatalog als Grundlage für die weitere Planung erstellt und am 04.11.2020 den Nutzervertretern, Bauhofleiter Hans-Jürgen Wohlfeil, Leitung Technisches Tiefbauamt, Herrn Thomas Scholz, Vertreter des Personalrats, Herrn Johann Brunner, sowie der Leitung Hochbau / Umwelt, Herrn Stefan Kammermeier, vorgestellt und auftretende Fragen beantwortet. Weitere Anmerkungen wurden seitens der Nutzervertreter nicht erhoben. Die Farbauswahl wurde nach der Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss mit E-Mail vom 25.11.2020 seitens Nutzer nochmals bestätigt.

Durch die Objekt- und Fachplanungen wurden kostenneutrale Bemusterungskataloge, Stand 16.11.2020, sowie eine Bauteil- und Bodenbelagsübersicht, Stand 16.11.2020, vorgelegt und dem Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss zu seiner Sitzung am 24.11.2020 Sitzung zugestellt.

Mit Beschluss des Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschuss vom 24.11.2020, Beschluss Nr. 57, wurde dem Gemeinderat folgender Beschluss empfohlen:

## 10. Sitzung des Gemeinderates vom 14.01.2021

Lfd. Nr. Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Das Gremium schließt sich den vorgelegten Farb- und Materialkonzepten

- Objektplanung Knerer und Lang, Farb- und Materialkonzept, Stand 16.11.2020
- HLS-Planung RS Ingenieure, Ausstattung Verwaltungsgebäude Technische Gebäudeausstattung, Stand 16.11.2020
- HLS-Planung RS Ingenieure, Ausstattung Wohnungen Technische Gebäudeausstattung, Stand 16.11.2020
- ELT-Planung, GFI Gesellschaft für Ingenieurplanung mbH, Planungsfabrikatsliste Elektro / Installationsgeräte Bauteil A, Stand 16.11.2020
- ELT-Planung, GFI Gesellschaft für Ingenieurplanung mbH, Planungsfabrikatsliste Elektro / Installationsgeräte Bauteil B bis E, Stand 16.11.2020
- Freianlagen lab landschaftsarchitektur brenner, Freianlagen; Stand 16.11.2020

mit folgenden Anregungen und Anmerkungen an:

- Die Fassadenoberfläche (Holz und Metall) ist mit Mustern ausreichender Größe mind. 2 x 3 m vor Fertigungsfreigabe erneut vorzulegen.

Die vorgenannten Anmerkungen und Änderungen sind in die Farb- und Materialkonzepte aufzunehmen und erhalten den Stand 24.11.2020. Diese sind als Änderungsantrag 2 in die weitere Planung aufzunehmen und umzusetzen. Dem Änderungsantrag Nr. 1 für den Entfall der Fassadenrinnen vor den Hallentoren wird zugestimmt. Die Kosten sind entsprechend nachzuführen.

Die vorgenannten Bemusterungskataloge, Stand 16.11.2020, sowie der Änderungsantrag Nr. 1 für den Entfall der Fassadenrinnen, Stand 16.11.2020, wurden dem Gemeinderat zu heutiger Sitzung zugestellt.

Beschluss: 24 : 0

Der Gemeinderat schließt sich der Empfehlung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss mit Beschluss vom 24.11.2020, Nr. 57, mit dem vorgelegten Farb- und Materialkonzepten

- Objektplanung Knerer und Lang, Farb- und Materialkonzept, Stand 16.11.2020
- HLS-Planung RS Ingenieure, Ausstattung Verwaltungsgebäude Technische Gebäudeausstattung, Stand 16.11.2020
- HLS-Planung RS Ingenieure, Ausstattung Wohnungen Technische Gebäudeausstattung, Stand 16.11.2020
- ELT-Planung, GFI Gesellschaft für Ingenieurplanung mbH, Planungsfabrikatsliste Elektro / Installationsgeräte Bauteil A, Stand 16.11.2020
- ELT-Planung, GFI Gesellschaft für Ingenieurplanung mbH, Planungsfabrikatsliste Elektro / Installationsgeräte Bauteil B bis E, Stand 16.11.2020

## 10. Sitzung des Gemeinderates vom 14.01.2021

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

- Freianlagen lab landschaftsarchitektur brenner, Freianlagen; Stand 16.11.2020

mit folgender Anregung und Anmerkung dem Grunde nach an:

- Die Fassadenoberfläche (Holz und Metall) ist mit Mustern ausreichender Größe mind. 2 x 3 m vor Fertigungsfreigabe erneut vorzulegen.

Die Entwurfsplanung ist auf Grundlage vorgenannter Bemusterungskataloge mit Farb- und Materialkonzept fortzuschreiben und die Anregung und Anmerkung in der weiteren Planung zu berücksichtigen.

Dem Änderungsantrag Nr. 1 für den Entfall der Fassadenrinnen vor den Hallentoren mit einer Kosteneinsparung von insgesamt 40.641,17 € brutto. wird zugestimmt.

Die fortgeschriebenen Gesamtprojektkosten belaufen sich nach Abzug der Einsparung auf insgesamt 21.841.118,83 € brutto.

AZ 621  
Bauamt

109

24

#### **Neubau Bauhof Unterföhring: Weitere geforderte "Artenschutzrechtliche Maßnahmen" (Genehmigung von Mehrkosten)**

Der Erste Bürgermeister bringt den Beschluss des Gemeinderates vom 10.09.2020, Beschluss Nr. 66, in Erinnerung, mit welchem der vorgelegten Entwurfsplanung mit Kostenberechnung mit Gesamtkosten in Höhe von 21.881.760,00 € brutto zugestimmt wurde. Die Verwaltung wurde beauftragt und ermächtigt, alle weiteren Schritte zur Realisierung des Neubau Bauhof Unterföhring in die Wege zu leiten.

Mit Zustimmung zu Änderungsantrag Nr. 1 in heutiger Sitzung belaufen sich die fortgeschriebenen Projektgesamtkosten auf insgesamt 21.841.118,83 € brutto.

Im Rahmen der weiteren Planung wurden und werden weitere Festlegungen und Änderungen erforderlich, welche durch fortlaufend nummerierte Änderungsanträge dokumentiert werden. Sofern kostenneutral oder innerhalb der genehmigten Kosten werden die weiteren Projektänderungsanträge nach Abschluss der Ausführungsplanung, voraussichtlich Mai 2021, gesamt vorgelegt. Kostenerhöhungen bedürfen der unmittelbaren Genehmigung durch den Gemeinderat.

Der im Rahmen der Bauleitplanung erforderlich Artenschutzbericht konnte aufgrund der festgesetzten Betrachtungszeiträume erst nach Genehmigung der Entwurfsplanung mit Datum vom 23.10.2020 vorgelegt werden. Die spezielle Artenschutzrechtliche Prüfung hat ergeben, dass sich neben den

## 10. Sitzung des Gemeinderates vom 14.01.2021

Lfd. Nr. Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

bereits bekannten Amphibien im Tümpel auf dem bestehenden Steinelager zusätzlich Zauneidechsen in den bestehenden Erdwällen befinden. Als Kompensation für die zu entfernenden Erdhügel sind innerhalb des Baufeldes an der Nord- und Ostgrenze Habitats zu errichten und die Zauneidechsen während der Bauzeit durch entsprechende Schutzmaßnahmen vor einem Einwandern in die Baustelle zu hindern.

Die Gesamtkosten für die Artenschutzrechtliche Maßnahmen belaufen sich gemäß Kostenberechnung vom 18.11.2020 auf rund 87.000,- € brutto. Die Planungsleistungen belaufen sich gemäß Honorarberechnung der Projektsteuerung pm5 vom 19.11.2020 auf 33.381,59 € brutto. Hierin enthalten ist die Umweltbaubegleitung nach geschätztem Aufwand während der gesamten Bauzeit in Höhe von 9.677,38 € brutto.

In den bisherigen genehmigten Kosten sind, aufgrund Kenntnis der Wechselkröten, Kosten für artenschutzrechtliche Maßnahmen in Höhe von insgesamt 32.000,- € brutto enthalten.

Die zusätzlichen Kosten in Höhe von 91.000,- € brutto können nicht innerhalb des Projekts kompensiert werden und bedürfen der Genehmigung durch den Gemeinderat.

Die Mehrkosten Planung in Höhe von 26.000,- € brutto sind unter der HST. 77110.9590 und Mehrkosten der Artenschutzmaßnahme in Höhe von 65.000,- € brutto sind unter der HST. 77110.9540 zu verbuchen.

Der Änderungsantrag Nr. 5 Erhöhung Leistungsumfang Artenschutzmaßnahmen vom 20.11.2020 wurde dem Gremium zugestellt.

Nachdem die Maßnahme bereits im Februar/März 2021 zur Baufeldfreimachung und zur Sicherstellung des Baubeginns der Gesamtmaßnahme ausgeführt werden muss, wurden im Rahmen einer Freihändigen Vergabe vier Firmen zur Angebotsabgabe aufgefordert.

Zwischenzeitlich wurden folgende drei Angebote eingereicht:

Bieter	Angebot vom:	Angebots-summe brutto
Ziegltrum Landschaftsbau GmbH, 84076 Au in der Hallertau	18.12.2020	64.214,66 €
May Landschaftsbau GmbH & Co KG, 85622 Feldkirchen	15.12.2020	75.440,65 €
Wurzer Umweltdienst GmbH, 85462 Eitting	16.12.2020	77.474,51 €

Nach fachlicher und rechnerischer Prüfung durch das Büro Dr. Schober, Freising, wurden die Arbeiten mit Auftrag vom 29.12.2020 gemäß Vergabevorschlag vom 18.12.2020 auf das wirtschaftlichste Angebot der Firma Ziegltrum Landschaftsbau GmbH, 84072 Au in der Hallertau, gemäß Angebot vom 18.12.2020 zu einer Angebotssumme von 53.961,90 € netto,

## 10. Sitzung des Gemeinderates vom 14.01.2021

Lfd. Anwe-  
Nr. send

### Vortrag - Beschluss

---

64.214,66 € brutto, vergeben. Kosten für die o.g. COVID-19-Pandemie bedingten Maßnahmen sind NICHT Bestandteil der oder der von den Nachunternehmen kalkulierten Einheits- oder Pauschalpreise.

Beschluss: 24 : 0

Der Gemeinderat stimmt zur Sicherstellung der Realisierung des Neubau Bauhof Unterföhring dem vorgelegten Änderungsantrag Nr. 5 zur Erweiterung der Artenschutzrechtlichen Maßnahmen mit Mehrkosten in Höhe von gesamt 91.000,- € brutto zu.

Die genehmigten Gesamtprojektkosten belaufen sich auf **21.932.118,83 €** brutto.

Die Mehrkosten Planung in Höhe von 26.000,- € brutto sind unter der HST. 77110.9590 und Mehrkosten der Artenschutzmaßnahme in Höhe von 65.000,- € brutto sind unter der HST. 77110.9540 zu verbuchen.

Weiter wird die vorgenannte freihändige Vergabe sowie die Auftragserteilung an die Firma Ziegltrum Landschaftsbau GmbH, 84072 Au in der Hallertau, gemäß Angebot vom 18.12.2020 zu einer Angebotssumme von 53.961,90 € netto, 64.214,66 € brutto genehmigt.

Die Verwaltung wird darüber hinaus dem Grunde nach ermächtigt, durch die planungsbeteiligten vorgelegte Planungsänderungen im Rahmen der genehmigten Kosten zu genehmigen. Die Änderungsanträge (kostenneutral und Einsparungen) mit Planungsfortschreibung sind nach Abschluss der Ausführungsplanung dem Gremium bekannt zu geben.

AZ 621  
Bauamt

110 24 **Maßnahmen zur Gewinnung von Fachkräften in der Kinderbetreuung;  
Weiterzahlung der Arbeitsmarktzulage und Gewährung der  
Großraumzulage**

Die Städte und Gemeinden im Landkreis München bieten für die Kinder und Eltern eine qualifizierte, flexible und verlässliche Kinderbetreuung an, die nach wie vor kontinuierlich weiter ausgebaut wird. Dabei steht die Gewinnung qualifizierten Personals auf dem Arbeitsmarkt im Focus und stellt gerade in der Region eine unverändert große Herausforderung dar.

Durch Ermächtigung des Kommunalen Arbeitgeberverbandes Bayern vom 29.07.2014, wurde die Möglichkeit der Gewährung einer Arbeitsmarktzulage für das Personal in der Kinderbetreuung erstmals geschaffen. In der Folge hat die Landeshauptstadt München, seinerzeit mit Stadtratsbeschluss vom 22.10.2014, ihren Erzieherinnen und Erziehern eine Arbeitsmarktzulage gewährt. Zur Vermeidung eines unnötigen Wettbewerbs um die ohnehin knappen Ressourcen an Fachkräften in diesem Bereich, hatte der Bayerische



## 10. Sitzung des Gemeinderates vom 14.01.2021

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Gemeindetag, Kreisverband Landkreis München, den Städten und Gemeinden im Landkreis München empfohlen, zur Sicherung der Betreuungsangebote und der Qualität in den Kindertagesstätten in Anlehnung an die Beschlusslage in München zu verfahren.

In seiner Sitzung am 13.11.2014 hat der (alte) Gemeinderat daher beschlossen, als Maßnahme zur Unterstützung zur Gewinnung von pädagogischen Fachkräften im Bereich der Kinderbetreuung, eine zeitlich befristete Arbeitsmarktzulage in stets widerruflicher Weise zu gewähren. Danach haben seit dem 01.01.2015 Erzieherinnen und Kinderpflegerinnen eine von der Gemeinde finanzierte Arbeitsmarktzulage in Höhe von 200 EUR monatlich (bei VZ, TZ anteilig) erhalten. Diese war bis 31.12.2020 befristet. Der AWO Bezirksverband Oberbayern e.V. hat nun die Verlängerung der bestehenden bzw. bis 31.12.2020 gewährten Arbeitsmarktzulage über den 31.12.2020 hinaus beantragt.

Gleichzeitig wird die Umstellung von der bisher schon gezahlten Ballungsraumzulage auf die Großraumzulage München, entsprechend den in der Landeshauptstadt München geltenden Kriterien, beantragt.

Nach wie vor gestaltet sich die Personalsituation im Bereich der Kinderbetreuung schwierig. Bedarf, aber auch Anforderungen und Ansprüche, steigen. Zur Gewinnung und zum Halten qualifizierten Personals ist daher das Instrument der Arbeitsmarktzulage weiterhin notwendig und gerechtfertigt. Die notwendigen Haushaltsmittel für die Weitergewährung der Arbeitsmarktzulage sowie der bisherigen Ballungsraumzulage, sind in der Budgetanforderung der AWO für das Jahr 2021 enthalten.

Die bisher gewährte Ballungsraumzulage soll ab 01.01.2021 durch die Großraumzulage München ersetzt werden. Davon würden alle Beschäftigten profitieren. Durch den Wegfall des Wohnortprinzips und des Grenzbetrags, beide Kriterien gelten bei der Ballungsraumzulage und schränken den Kreis der Bezugsberechtigten dementsprechend deutlich ein, haben bei der Großraumzulage München hingegen, alle Beschäftigten einen Anspruch auf diese Zulage. Dadurch erhöhen sich die Kosten für alle AWO-Einrichtungen in Unterföhring um ca. 40.000 EUR pro Monat.

Aus der nachfolgenden Hochrechnung ist die Differenz zwischen Ballungsraum- und Großraumzulage ersichtlich. Die Zahlen basieren auf der aktuellen Beschäftigungssituation (Stand: Nov. 2020) und können sich noch durch die Überprüfung der Kindergeldberechtigung der Beschäftigten geringfügig verändern.

# **10. Sitzung des Gemeinderates vom 14.01.2021**

Lfd. Anwe-  
Nr. send

## **Vortrag - Beschluss**

### Vergleich Ballungsraumzulage - Großraumzulage München:

	Ballungsraumzulage Betrag (Stand 11/2019)	Großraumzulage Betrag (ab 01.01.2020)
Niedrigere Entgeltgruppen	126,62,€	270,00 €
Höhere Entgeltgruppen (Grenzbetrag derzeit 3.674,13 €)	0,00 €	135,00 €
Kinderzuschlag niedrigere Entgeltgruppen	33,77 €	50,00 €
Kinderzuschlag höhere Entgeltgruppen (Grenzbetrag derzeit 5.116,45 €)	0,00 €	25,00 €
Auszubildende	63,30 €	140,00 €

### Hochrechnung

Einrichtung	Ballungsraumzulage / Monat	Großraumzulage / Monat	Differenz / Monat
703 Interimskinderhaus Straßäckerallee 15 (Kinderhort Schulstraße)	2.178,38 €	5.540,00 €	3.361,62 €
705 Kindergarten St.-Florian- Straße	2.500,03 €	6.690,00 €	4.189,97 €
706 Kinderkrippe Föhringer Allee	1.373,70 €	3.170,00 €	1.796,30 €
707 Kinderhaus Römerweg	1.980,85 €	5.850,00 €	3.869,15 €
708 Kinderhaus Straßäckerallee 11	5.728,06 €	15.200,00 €	9.471,94 €
709 Kinderhaus Straßäckerallee 13	4.289,15 €	10.300,00 €	6.010,85 €
710 Kinderhort Münchner Straße	1.745,86 €	4.550,00 €	2.804,14 €
711 Kindergarten Blumenstraße	2.167,80 €	6.350,00 €	4.182,20 €
724 Mittagsbetreuung Unterföhring	2.163,07 €	4.150,00 €	1.986,93 €
769 Kindergarten Schramelweg Unterföhring	1.036,29 €	3.000,00 €	1.963,71 €
<b>Gesamt / Monat</b>	<b>25.163,20 €</b>	<b>64.800,00 €</b>	<b>39.636,80 €</b>

## 10. Sitzung des Gemeinderates vom 14.01.2021

Lfd. Nr. Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Die Umstellung von der Ballungsraumzulage auf die Großraumzulage München generiert einen finanziellen Mehrbedarf in Höhe von ca. 480.000 EUR / jährlich. Der Mehrbedarf für die Umstellung von der Ballungsraum- auf die Großraumzulage München, ist in der Budgetanforderung der AWO nicht eingerechnet.

Genauso wie die Gewährung der Arbeitsmarktzulage ist die Umstellung der Ballungsraumzulage auf die Großraumzulage München ein wichtiges arbeitsmarktpolitisches Instrument zur Gewinnung und dem Erhalt qualifizierten Personals.

Leistungsbereitschaft und Motivation und die damit einhergehende solide Arbeitsqualität des Personals in den Kindertagesstätten, die auch in Zeiten der Pandemie und den damit verbundenen Problemstellungen und Unwägbarkeiten, ungebrochen gut ist, verdienen entsprechend Anerkennung. Die Umstellung auf die Großraumzulage München als weitere Komponente zur Personalgewinnung und -sicherung, ist deshalb darüberhinausgehend auch eine monetäre Anerkennung der Arbeitsleistung.

Beschluss: 24 : 0

Aufgrund der weiterhin schwierigen Personalsituation im Bereich der Kinderbetreuung, wird die Finanzierung der Arbeitsmarktzulage im bisherigen Umfang (200 EUR mtl.) und in stets widerruflicher Weise bis 31.12.2022 weiter gewährt.

Die Umstellung der bisherigen Ballungsraumzulage auf die Großraumzulage München wird ab 01.01.2021 finanziert.

Die Verwaltung wird beauftragt die entsprechenden Vereinbarungen mit der AWO Bezirksverband Oberbayern e.V. zu treffen.

Entsprechende Haushaltsmittel sind bereitzustellen.

AZ 811  
Hauptamt

#### 111 24 Kostenfreie/unentgeltliche Nutzung des Ortsbusses 232, Sachstandsbericht und weiteres Vorgehen

Der Vorsitzende erinnert an den Beschluss des Gemeinderates vom 12.12.2019, Nr. 975. Für die kostenfreie/unentgeltliche Nutzung des Ortsbusses wurde ein Probezeitraum von einem Jahr festgelegt. Danach sollte dem Gemeinderat ein Erfahrungsbericht vorgelegt werden.

Gegen Vorlage der MVV-Streifen- oder Kurzstreckenfahrkarte, aber auch von Handytickets (analog MVV-Streifen- oder Kurzstreckenfahrkarte) wurden bis

## 10. Sitzung des Gemeinderates vom 14.01.2021

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

zum 18.12.2020 130 Anträge von Unterföhringer Bürgern gestellt und 4.000,80 € zurückerstattet.

Die Antragsteller sind teils Senioren, Familien mit Kindern und Einzelpersonen.

Der Anteil nach den Geburtsjahrgängen 1932-1955 liegt bei 33 Anträgen, der Geburtsjahrgänge 1956-1970 bei 11 Anträgen und der Geburtsjahrgänge 1971-1991 bei 15 Anträgen (mehrfache Antragstellungen durch die gleichen Personen wurden nicht mitgezählt). Aus dieser Aufstellung ist ersichtlich, dass der Anteil der Senioren überwiegt.

Es ist nunmehr abzustimmen, ob die kostenfreie/unentgeltliche Nutzung der MVV-Ortsbuslinie 232 nach dem Probezeitraum von einem Jahr verlängert wird.

Beschluss: 24 : 0

Der Gemeinderat beschließt eine Fortführung *der* kostenfreien/unentgeltlichen Nutzung des Ortsbusses 232 für Unterföhringer Bürger. Erstattet werden gegen Vorlage der MVV-Streifen- oder Kurzstreckenfahrkarte bzw. von Handytickets (analog MVV-Streifen- oder Kurzstreckenfahrkarte) die Kosten an Unterföhringer Bürger.

Die kostenfreie/unentgeltliche Nutzung des Ortsbusses wird *auf unbestimmte Zeit* verlängert.

Unter der HHSt. 79110.7180 sind entsprechende Haushaltsmittel für 2021 – die fortfolgenden Jahre -einzustellen.

AZ 851  
Bauamt

112 24

#### **Obstbäume im Bereich des Einheimischen-Modell nördlich der Aschheimer Straße (Empfehlungsbeschluss aus dem Umwelt-, Digital- und Energieausschuss)**

Der Erste Bürgermeister bringt den Empfehlungsbeschluss des Umwelt-, Digitalisierungs- und Energieausschuss vom 16.09.2020, Beschluss Nr. 6, in Erinnerung, mit welchem dem Gemeinderat empfohlen wurde, dass die Kirschbäume im Bereich des Bebauungsplanes Einheimischen-Modell nördlich der Aschheimer Straße nicht gefällt werden sollen. Künftig sollen in den Grünordnungen der Bauleitplanungen Fruchtbäume jeglicher Art im Bereich von Siedlungswegen und Parkplätzen vermieden werden.

Aufgrund der Beschlussfassung wandte sich ein Anwohner am Keltenweg an die Verwaltung und trug vor, dass die Argumentation und Beschlussfassung des Umwelt-, Digitalisierungs- und Energieausschusses grundsätzlich folgerichtig ist. In der Sitzung des Umwelt-, Digitalisierungs- und

## 10. Sitzung des Gemeinderates vom 14.01.2021

Lfd. Anwe-  
Nr. send

### Vortrag - Beschluss

---

Energieausschusses wurde jedoch nicht beachtet, dass ein ihn betreffender einzelner Baum aufgrund Lage und Stellung mittelfristig Schaden an der angrenzenden Wegeeinfassungen und seinem Gartenhaus verursacht. Er bat deshalb um zusätzliche Ortseinsicht zur Sachentscheidung über diesen einzelnen Baum.

Aufgrund dieser zusätzlichen Erkenntnisse fand am 10.11.2020 ein zusätzlicher Ortstermin zu Baum Nr. 2643, südlich Hauszeile 4 am Keltenweg, westlich des Verbindungsweges Zeile 3 zu Zeile 4, mit den Mitgliedern des Umwelt-, Digitalisierungs- Umweltausschuss, der Verwaltung und Erstem Bürgermeister Andreas Kemmelmeier statt. Vor Ort wurde durch die Anwesenden festgestellt werden, dass der einzelne Baum aufgrund der vorherrschenden Bodenverdichtung sehr oberflächennah wurzelt und bereits die Wegeeinfassung des örtlich angrenzenden öffentlichen Privatweges anhebt. Auch ein Wurzelwuchs in Richtung eines angrenzenden Gartenhauses der nördlichen Hauszeile 4 ist erkennbar. Aufgrund der neuen Erkenntnisse bat Erster Bürgermeister Kemmelmeier die anwesenden Ausschussmitglieder, Frau Jutta Schödl und Frau Claudia Leitner, um Zustimmung zur Fällung des betroffenen Baumes Nr. 2643. Die weiteren Vogelkirschen sollen gemäß Empfehlungsbeschluss erhalten bleiben. Im Vorliegenden Fall kann die Fällung des beantragten Baumes zur Vermeidung eines künftigen Schadens vertreten werden, ohne gegen den Grundsatz des Erhalts zu verstoßen.

Am 12.11.2020 fand ein gemeinsamer Ortstermin mit dem Baumgutachter, Herrn Markus Adamek, Gartenpflege Adamek, statt. Bei diesem Termin wurden die zusätzlichen Erkenntnisse bestätigt, was für eine mittelfristige Fällung des Baumes spricht. Nachdem der Baum langfristig ohne zusätzlichen Schaden an den Wegeeinfassungen und dem angrenzenden Gartenhaus nicht erhalten werden kann, wird eine Fällung mit standortbezogener Ersatzpflanzung angeraten. Zusätzlich sollte die Pflanzgrube aufgrund vorherrschender Bodenverdichtung zusätzlich gelockert und ertüchtigt werden.

Dies wurde durch die gemeindliche Baumgutachterin, Frau Annegret Kunze, mit ergänzendem Protokoll zur mittel- und langfristigen Beurteilung zur Standsicherheit vom 16.11.2020 bestätigt.

Eine Planzusammenfassung des Bebauungsplan 71/02 für das Gebiet nördlich der Aschheimer Straße, südlich des mittleren Isarkanals und östlich des Freizeitgeländes der Gemeinde (Einheimischen-Modell), Luftbild und Baumkataster mit Kennzeichnung der Vogelkirschen, ein Aktenvermerk der gemeindlichen Baumgutachterin Frau Annegret Kunze vom 16.11.2020 sowie der Beschlussbuchauszug aus der Sitzung des Umwelt-, Digital- und Energieausschuss vom 16.09.2020, Beschluss Nr. 6, wurden dem Gremium gestellt.

Beschluss: 24 : 0

## 10. Sitzung des Gemeinderates vom 14.01.2021

Lfd. Nr. Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Das Gremium schließt sich der Empfehlung des Umwelt-, Digital- und Energieausschusses vom 16.09.2020, Beschluss Nr. 6, dem Grunde nach an und beschließt, dass die Kirschbäume aufgrund Fallobstes grundsätzlich nicht gefällt werden.

Zur Vermeidung des konkreten künftigen Schadens an baulichen Anlagen wird der Fällung der Vogelkirsche Nr. 2643, südlich Hauszeile 4, westlich des Verbindungsweges Zeile 3 zu Zeile 4, am Keltenweg, zugestimmt. Die Verwaltung wird beauftragt, eine standortgerechte Ersatzpflanzung durchzuführen. Die Kosten sind unter der Haushaltsstelle 63000.5011 zu verbuchen.

Im Sommer 2021 ist ein Ortstermin mit dem Umwelt-, Digitalisierungs- und Energieausschuss auf der Grundlage des Protokolls vom 16.11.2020 der Baumsachverständigen Annegret Kunze durchzuführen.

Weiter beschließt das Gremium, dass künftig in den Grünordnungen der Bauleitplanungen Fruchtbäume jeglicher Art im Bereich von Siedlungswegen und Parkplätzen vermieden werden sollen.

AZ 6317  
Bauamt

113 24 **Erlass einer Satzung über abweichende Maße der Abstandsflächentiefe (AFTS) gemäß § 81 BayBO zur neuen Abstandsreglung im Gemeindegebiet von Unterföhring**

Der Vorsitzende bringt zur Kenntnis, dass der Bayerische Landtag am 2.12.2020 den Gesetzentwurf der bayerischen Staatsregierung zur Novelle der Bayerischen Bauordnung in zweiter Lesung verabschiedet hat. Das Gesetzesvorhaben sieht unter anderem die Novelle des Abstandsflächenrechts mit einer Verkürzung der Abstandsflächentiefen von 1,0 H auf 0,4 H, in Gewerbe- und Industriegebieten von 0,25 auf 0,2 H (= Wandhöhe des jeweiligen Bauwerks) mindestens jedoch 3 Meter vor. Da die Verkürzung für alle Gebäudeseiten gilt, wird zukünftig auf das sogenannte Schmalseitenprivileg verzichtet, das vor zwei Außenwänden mit weniger als 16 m Länge bisher nur ein halbes „H“ als Abstandsflächentiefe verlangte.

Das führt zu einem Zusammenrücken der Baukörper (Nachverdichtung) in der zukünftigen Ortsentwicklung. Ausgenommen vom neuen Abstandsflächenrecht außerhalb von Kern-, Gewerbe-, festgesetzten Urbanen Gebieten und Industriegebieten sind alle Städte in Bayern über 250.000 Einwohner. Entgegen den ursprünglichen Planungen der Staatsregierung wird das neue Abstandsflächenrecht ohne Übergangsfrist bereits zum 1.2.2021 in Kraft treten.

## 10. Sitzung des Gemeinderates vom 14.01.2021

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Der Bayerische Städtetag und der Bayerische Gemeindetag haben sich in den vergangenen Monaten vehement gegen die Neufassung des Abstandsflächenrechts in der nunmehr vorliegenden Fassung ausgesprochen.

Den Gemeinden bleibt nicht die Möglichkeit, durch Erlass einer entsprechenden Satzung (Art. 81 Abs. 1 Nr. 6 lit.a BayBO neu), an den alten Abstandsflächen festzuhalten. Der Gesetzesentwurf sieht vor, die Satzungsermächtigung nach Art. 81 BayBO, zwei Wochen vor Inkrafttreten der anderen Regelungen, wirksam werden zu lassen. Das vom Gesetzgeber vorgesehene Zeitfenster vom 15.01.2021 – 31.01.2021 sollte von den Kommunen genutzt werden, um eine entsprechende Satzung zu erarbeiten.

Um von der Sonderregel des vorgezogenen Erlasses einer Abstandsflächensatzung nach Art. 81 Abs. 1 Nr. 6a BayBO Gebrauch zu machen, muss die Satzung zwischen 15.01.2021 und 31.01.2021 beschlossen und ortsüblich bekannt gemacht werden.

Auf Grund dieser kurzen Reaktionszeit hat die Verwaltung mit Herrn Rechtsanwalt Dr. Würfel GSK Stockmann, München, angelehnt an die Mustersatzung des Bayerischen Gemeindetages, einen Satzungsentwurf für die Gemeinde Unterföhring ausgearbeitet. Der Entwurf der Satzung, Stand 04.01.2021 sowie die Stellungnahme vom 22.12.2020 GSK Rechtsanwälte München, wurden dem Gremium zugestellt.

Herr Dr. Würfel erläutert am 11.01.2021 die rechtliche Situation und die nächsten Schritte und steht für Rückfragen zur Verfügung.

#### Antrag zur Geschäftsordnung auf getrennte Abstimmung

Aus dem Gremium wird der Antrag auf getrennte Abstimmung zu diesem Beschlussvorschlag gestellt. Dabei soll erst über den Satzungserlass abgestimmt werden. Des Weiteren soll darüber Beschluss gefasst werden, dass die Verwaltung beauftragt wird, im Gemeindegebiet die Flächen zu prüfen, für die sinnvolle bzw. erforderliche Bebauungspläne aufgestellt werden können.

Der Vorsitzende lässt zunächst über die Zulassung des Antrages zur Geschäftsordnung abstimmen

Beschluss: 24 : 0

Anschließend lässt der Vorsitzende über den Inhalt des Geschäftsordnungsantrages abstimmen

Beschluss: 24 : 0

Nachdem der Geschäftsordnungsantrag angenommen wurde, wird nunmehr die getrennte Abstimmung vorgenommen.

Der Vorsitzende lässt zuerst über den Satzungserlass beschlussfassen:

## 10. Sitzung des Gemeinderates vom 14.01.2021

Lfd. Anwe-  
Nr. send

### Vortrag - Beschluss

---

Beschluss: 13 : 11

Der Gemeinderat nimmt den Sachverhalt und die Erläuterungen von Herrn Dr. Würfel vom 11.01.2021 zur Kenntnis und spricht sich für Folgendes aus:

Dem Erlass einer Satzung über abweichende Maße der Abstandsflächentiefe (AFTS) gemäß § 81 Abs. 6 lit. a BayBO zur neuen Abstandsregelung im Gemeindegebiet von Unterföhring, gemäß dem vorliegenden Entwurf, Stand 04.01.2021, wird nicht zugestimmt.

Im Anschluss lässt der Vorsitzende über die Prüfung der Flächen für die sinnvolle bzw. erforderliche Bebauungspläne aufgestellt werden können abstimmen:

Beschluss: 16 : 8

In diesem Zusammenhang wird die Verwaltung beauftragt, im Gemeindegebiet die Flächen zu prüfen, für die sinnvolle bzw. erforderliche Bebauungspläne aufgestellt werden könnten.

Die Ergebnisse sind dem Gremium zur Sommerpause zur weiteren Entscheidung vorzulegen.

AZ 6011  
Bauamt

114 24

#### **Park + Ride - Anlage am S-Bahnhof; Dynamisierung des Betriebsführungsentgelts**

Der Bürgermeister gibt das E-Mailschreiben der P+R Park & Ride GmbH, München, vom 14.12.2020, bezüglich der Anpassung des Betriebsführungsentgelts bekannt.

Seit dem Jahr 2005 führt die P+R Park & Ride GmbH den Betrieb auf der P+R – Anlage (104 Stellplätze) in Unterföhring. Die hierfür vereinbarte Vergütung wurde bisher dreimal angehoben. Als tarifgebundenes Unternehmen ist angesichts der seitdem eingetretenen Tariflohnsteigerungen des TVöD eine erneute Anpassung notwendig. Seitens der P+R Park & Ride GmbH wird daher die Anpassung der Vergütung wie folgt vorgeschlagen:

<b>Pauschalvergütung 2020 (Erhöhung um 2,0 %):</b>	
Modul 1	878,82 EUR netto
Modul 3	2.753,78 EUR netto
Modul 4	2.296,42 EUR netto
<b>Stundenvergütung für Kontrolltätigkeiten vor Ort 2020:</b>	
Modul 1 und 3	35,04 EUR netto



# **10. Sitzung des Gemeinderates vom 14.01.2021**

Lfd. Anwe-  
Nr. send

## **Vortrag - Beschluss**

<b>Vergütung 1. Halbjahr 2020</b>		
Modul 1	439,41 EUR netto	522,90 EUR brutto (inkl. 19 % MwSt.)
Modul 3	1.376,89 EUR netto	1.638,50 EUR brutto (inkl. 19 % MwSt.)
Modul 4	1.148,21 EUR netto	1.366,37 EUR brutto (inkl. 19 % MwSt.)
Modul 1 und 3	35,04 EUR netto	41,70 EUR brutto (inkl. 19 % MwSt.)

<b>Vergütung 2. Halbjahr 2020</b>		
Modul 1	439,41 EUR netto	509,72 EUR brutto (inkl. 16 % MwSt.)
Modul 3	1.376,89 EUR netto	1.597,19 EUR brutto (inkl. 16 % MwSt.)
Modul 4	1.148,21 EUR netto	1.331,92 EUR brutto (inkl. 16 % MwSt.)
Modul 1 und 3	35,04 EUR netto	40,65 EUR brutto (inkl. 16 % MwSt.)

<b>Pauschalvergütung 2021 (Erhöhung um 1,3 %):</b>		
Modul 1	890,24 EUR netto	1.059,39 EUR brutto (inkl. 19 % MwSt.)
Modul 3	2.789,58 EUR netto	3.319,60 EUR brutto (inkl. 19 % MwSt.)
Modul 4	2.326,27 EUR netto	2.768,26 EUR brutto (inkl. 19 % MwSt.)
<b>Stundenvergütung für Kontrolltätigkeiten vor Ort 2021:</b>		
Module 1 und 3	35,50 EUR netto	42,25 EUR brutto (inkl. 19 % MwSt.)

<b>Pauschalvergütung 2022 (Erhöhung um 1,7 %):</b>		
Modul 1	905,37 EUR netto	1.077,39 EUR brutto (inkl. 19 % MwSt.)
Modul 3	2.837,00 EUR netto	3.376,03 EUR brutto (inkl. 19 % MwSt.)
Modul 4	2.365,82 EUR netto	2.815,33 EUR brutto (inkl. 19 % MwSt.)
<b>Stundenvergütung für Kontrolltätigkeiten vor Ort 2022:</b>		
Module 1 und 3	36,10 EUR netto	42,96 EUR brutto (inkl. 19 % MwSt.)

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass gemäß Gemeinderatsbeschlüsse vom 13.10.2016, Nr. 471, und vom 13.09.2018, Nr. 777, bisher folgendes Betriebsführungsentgelt (3. und 4. Nachtrag) vereinbart war:

### **Pauschalvergütung:**

	Pauschale netto zzgl. MwSt.	Erhöhung in %
2016	5.301,58 €	2,4 %
2017	5.436,77 €	2,55 %

### **Stundenvergütung:**

	Stundensatz netto Zzgl. MwSt.	Erhöhung in %
2016	31,33 €	2,39 %
2017	32,13 €	2,52 %

### **Pauschalvergütung 2018 (Erhöhung um 3,4 %):**

Modul 1	833,26 € netto	991,58 € brutto (inkl. 19 % MwSt.)
Modul 3	2.611,01 € netto	3.107,10 € brutto (inkl. 19 % MwSt.)
Modul 4	2.177,36 € netto	2.591,05 € brutto (inkl. 19 % MwSt.)

# 10. Sitzung des Gemeinderates vom 14.01.2021

Lfd. Anwe-  
Nr. send

## Vortrag - Beschluss

<b>Gesamt</b>	<b>5.621,63 € netto</b>	<b>6.689,73 € brutto (inkl. 19 % MwSt.)</b>
---------------	-------------------------	---

### **Pauschalvergütung 2019** (Erhöhung um 3,4 %):

Modul 1	861,59 € netto	1.025,29 € brutto (inkl. 19 % MwSt.)
Modul 3	2.699,78 € netto	3.212,74 € brutto (inkl. 19 % MwSt.)
Modul 4	2.251,39 € netto	2.679,15 € brutto (inkl. 19 % MwSt.)
<b>Gesamt</b>	<b>5.812,76 € netto</b>	<b>6.917,18 € brutto (inkl. 19 % MwSt.)</b>

### **Stundenvergütung für Kontrolltätigkeiten vor Ort 2018:**

Module 1 und 3	33,22 € netto	39,53 € brutto (inkl. 19 % MwSt.)
----------------	---------------	-----------------------------------

### **Stundenvergütung für Kontrolltätigkeiten vor Ort 2019:**

Module 1 und 3	34,35 € netto	40,88 € brutto (inkl. 19 % MwSt.)
----------------	---------------	-----------------------------------

Weiter erläutert der Bürgermeister die verschiedenen Module wie folgt:

Modul 1: „Ausfahrtskontrollen“ - Organisation und Durchführung von Kontrollen zur Verhinderung zweckfremden Parkens

Modul 3: „Entgelterhebung“ - Verwaltung und Organisation der Erhebung von Parkentgelten, Vertrieb der Parkscheine sowie Wartung und Instandhaltung der Parkscheinautomaten, Durchführung von Parkticketkontrollen

Modul 4: „Betrieb“: Verwaltung und Organisation des laufenden Betriebs der P+R Anlage (Reinigung, Winterdienst, Wartungs- und Instandhaltungsarbeiten, z.B. an Beleuchtung und Beschilderung).

Das Modul 2 (Durchführung von Kontrollen zur Reduzierung von Dauerparkern) kommt seit 2008 nicht mehr zur Anwendung.

Gemäß der Jahresabrechnung 2019 für die P+R-Anlage beliefen sich die Einnahmen auf 15.675,29 € und die Ausgaben auf 30.820,44 €. Demnach betrug das Betriebsergebnis auf -15.145,15 €.

Die Gemeinderatsmitglieder Herr Schwarz, Frau Fister und Frau Spratter haben zu diesem Tagesordnungspunkt den Sitzungssaal verlassen und sich nicht an der Beratung und Beschlussfassung beteiligt.

Beschluss: 21 : 0

Der Gemeinderat stimmt der Anpassung des Betriebsführungsentgelts für die Jahre 2020, 2021 und 2022 im Rahmen des 5. Nachtrages zum Geschäftsbesorgungsvertrag über den Betrieb einer P+R-Anlage in Unterföhring wie folgt zu:

<b>Pauschalvergütung 2020</b> (Erhöhung um 2,0 %):	
Modul 1	878,82 € netto
Modul 3	2.753,78 € netto
Modul 4	2.296,42 € netto
<b>Stundenvergütung für Kontrolltätigkeiten vor Ort 2020:</b>	
Modul 1 und 3	35,04 € netto

## 10. Sitzung des Gemeinderates vom 14.01.2021

Lfd. Anwe-  
Nr. send

### Vortrag - Beschluss

<b>Vergütung 1. Halbjahr 2020</b>		
Modul 1	439,41 € netto	522,90 € brutto (inkl. 19 % MwSt.)
Modul 3	1.376,89 € netto	1.638,50 € brutto (inkl. 19 % MwSt.)
Modul 4	1.148,21 € netto	1.366,37 € brutto (inkl. 19 % MwSt.)
Modul 1 und 3	35,04 € netto	41,70 € brutto (inkl. 19 % MwSt.)

<b>Vergütung 2. Halbjahr 2020</b>		
Modul 1	439,41 € netto	509,72 € brutto (inkl. 16 % MwSt.)
Modul 3	1.376,89 € netto	1.597,19 € brutto (inkl. 16 % MwSt.)
Modul 4	1.148,21 € netto	1.331,92 € brutto (inkl. 16 % MwSt.)
Modul 1 und 3	35,04 € netto	40,65 € brutto (inkl. 16 % MwSt.)

<b>Pauschalvergütung 2021 (Erhöhung um 1,3 %):</b>		
Modul 1	890,24 € netto	1.059,39 € brutto (inkl. 19 % MwSt.)
Modul 3	2.789,58 € netto	3.319,60 € brutto (inkl. 19 % MwSt.)
Modul 4	2.326,27 € netto	2.768,26 € brutto (inkl. 19 % MwSt.)
<b>Stundenvergütung für Kontrolltätigkeiten vor Ort 2021:</b>		
Module 1 und 3	35,50 € netto	42,25 € brutto (inkl. 19 % MwSt.)

<b>Pauschalvergütung 2022 (Erhöhung um 1,7 %):</b>		
Modul 1	905,37 € netto	1.077,39 € brutto (inkl. 19 % MwSt.)
Modul 3	2.837,00 € netto	3.376,03 € brutto (inkl. 19 % MwSt.)
Modul 4	2.365,82 € netto	2.815,33 € brutto (inkl. 19 % MwSt.)
<b>Stundenvergütung für Kontrolltätigkeiten vor Ort 2022:</b>		
Module 1 und 3	36,10 € netto	42,96 € brutto (inkl. 19 % MwSt.)

Die notwendigen Haushaltsmittel werden unter den HHSt. 68110.6771 und 68110.5132 entsprechend zur Verfügung gestellt.

AZ 6100  
Bauamt

115 24 **Bekanntgaben / Anfragen**

AZ 024  
Hauptamt

## 10. Sitzung des Gemeinderates vom 14.01.2021

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

115

24

#### **Bekanntgaben / Anfragen**

#### **BEK 01/2021 Antrag Bündnis 90/DIE GRÜNEN auf Beitritt der Gemeinde Unterföhring in die Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundliche Kommune in Bayern e.V.**

Der Erste Bürgermeister gibt den Antrag der Fraktion der Bündnis 90/ DIE GRÜNEN mit dem Schreiben vom 12.12.2020 auf Beitritt der Gemeinde Unterföhring in die Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundliche Kommune in Bayern e.V. bekannt und teilt mit, dass dieser in einer der nächsten Sitzungen auf die Tagesordnung kommt.

Der Antrag wurde dem Gremium am 14.01.2021 als Tischvorlage vorgelegt.

AZ 611  
Bauamt

115

24

#### **Bekanntgaben / Anfragen**

#### **BEK 01/2021 Bildungsreihe Rassismus - Konzeptpapier**

Mit Beschluss des Gemeinderats vom 10.09.2020; Nr. 67 wurde das Kulturamt beauftragt, eine Bildungsreihe im Jahr 2021 zu entwickeln, die sich mit dem Thema „Rassismus“ aus verschiedenen Perspektiven beschäftigt. Diese Reihe soll vom 12.03. bis zum 11.04.2021 stattfinden. Aufgrund der aktuellen Situation um Covid- 19 wurden die Veranstaltungen als Webveranstaltungen geplant, die über die Homepage des Bürgerhauses zu besuchen sind.

Es ist zeitgleich vorgesehen, Präsenzveranstaltungen in den Räumlichkeiten des Bürgerhauses durchzuführen, sofern die aktuellen Verlautbarungen dies erlauben.

Bei der Veranstaltungskonzeption wurden drei grundsätzliche Fragestellungen berücksichtigt:

1. Was ist Rassismus, woher kommt dieser?
2. Wie erkennt man Rassismus, wie äußert sich dieser?
3. Wie bekämpft man Rassismus/ ist eine Gesellschaft ohne Rassismus möglich ?

Die Veranstaltungen sind den Fragestellungen thematisch zugeordnet.

Die Veranstaltungsplanung wurde entwickelt in Zusammenarbeit mit Vereinen, Bürgern, Schule, Verwaltung und VHS.

Begleitet wird das Angebot der Bildungsreihe durch eine öffentlichkeitswirksame lokale Kampagne. Als Ergebnis wird eine Projektbroschüre mit den Beiträgen und einem begleitenden Literaturverzeichnis erarbeitet, die zur weiteren Information und Anregung für Gruppenarbeit, Schulen etc. vorgesehen ist. Diese wird erstmals ausgehändigt beim Neubürgerempfang am 16. Mai 2021.

AZ 3  
Kulturamt

## 10. Sitzung des Gemeinderates vom 14.01.2021

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

115

24

#### **Bekanntgaben / Anfragen**

#### **BEK 01/2021 Deutsche Post Wiedereröffnung**

Der Erste Bürgermeister gibt das Schreiben der Deutschen Post AG bekannt, dass am 25.02.2021 die Postfiliale in der Feringastrasse 16 in Unterföhring (Stadler & Horner GmbH & Co. KG) von Montag – Samstag von 07:00 – 20:00 Uhr wieder öffnet.

AZ 60  
Bauamt

115

24

#### **Bekanntgaben / Anfragen**

#### **BEK 01/2021 Freiwillige Feuerwehr Unterföhring; Wahl des Feuerwehrkommandanten und seines Stellvertreters**

Die Amtsperiode der aktuellen Feuerwehrkommandantschaft endet mit Ablauf des 28.02.2021.

Der Feuerwehrkommandant und sein Stellvertreter werden im Rahmen einer Dienstversammlung gewählt.

Auf Grund der aktuellen, Corona-bedingten Lage, hat die Gemeinde zur Abhaltung dieser Versammlung mit Schreiben vom 08.12.2020 einen Antrag auf Erteilung einer Ausnahmegenehmigung beim Landratsamt München gestellt.

Die Genehmigung wurde mit E-Mail vom 29.12.2020 erteilt und stützt sich auf § 27 Abs.2 Satz 1 der Elften Bayerischen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung.

Die Versammlung findet am 29.01.2021 um 19:00 Uhr im Bürgerhaus statt.

Folgende Auflagen wurden hierbei erteilt:

1. Registrierung der anwesenden Personen
2. Tragen einer FFP2 Maske während der kompletten Veranstaltung
3. Beachtung des Hygienekonzeptes des Bürgerhauses

Für die Dienstversammlung wird als einziger Tagesordnungspunkt die Wahl des Kommandanten und seines Stellvertreters festgesetzt. Sachvorträge oder dergleichen sind nicht vorgesehen. Ferner findet keine Bewirtung und keine Aussprache oder nachträgliches Verweilen am Versammlungsort statt.

Folgende zeitliche Schiene ist für die Wahl- und Besetzung vorgesehen:

- Dienstversammlung mit Wahl am 29.01.2021

## 10. Sitzung des Gemeinderates vom 14.01.2021

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

- Einholung einer Stellungnahme des Kreisbrandrates über die Geeignetheit der gewählten Kandidaten
- Bestätigung der gewählten Kandidaten in der Sitzung des Gemeinderates am 10.02.2021
- Amtsantritt des neugewählten Kommandanten und seines Stellvertreters zum 01.03.2021

AZ 0914  
Hauptamt

115

24

#### **Bekanntgaben / Anfragen**

#### **BEK 01/2021 Genehmigungsverfahren nach §4 BImSchG für die Errichtung und den Betrieb einer neuen Gas- und Dampfturbinenanlage (GuD3) durch die SWM Service GmbH am Standort München-Nord, Münchner Straße 22, 85774 Unterföhring als Ersatz f. d. Kohleblock 2**

Die SWM Service GmbH, Emmy-Noether-Straße 2, 80992 München beabsichtigen einen Genehmigungsantrag gemäß § 4 BImSchG für die Errichtung und den Betrieb einer neuen Gas- und Dampfturbinenanlage (GuD3) am Standort München-Nord, Münchner Straße 22 85774 Unterföhring als Ersatz für den bestehenden Kohle-Block 2 Standort zu stellen.

Im Rahmen des Genehmigungsverfahrens wird eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen sein, in der die Umweltauswirkungen der GuD3 ermittelt, beschrieben und bewertet werden. Die zuständige Genehmigungsbehörde, Regierung von Oberbayern, führt derzeit ein Scoping-Verfahren durch. Im Scoping-Verfahren wird der konkrete Umfang der Umweltverträglichkeitsprüfung für die geplante GuD3 festgelegt. Am Scoping-Verfahren sind verschiedene Behörden und Institutionen beteiligt, auch die Gemeinde Unterföhring.

Mit Schreiben vom 15.12.2020 hat die Regierung von Oberbayern die Beteiligten um eine kurze Stellungnahme zum bislang vorgesehenen Umfang der Umweltverträglichkeitsprüfung gebeten.

Der Rechtsvertreter der Gemeinde Unterföhring, Herr Dr. Spieler, teilt mit, dass für die Stellungnahme der Gemeinde Unterföhring an die Regierung von Oberbayern kein Gemeinderatsbeschluss erforderlich ist. Er wird eine entsprechende Stellungnahme rechtzeitig vorbereiten, so dass die Gemeinde Unterföhring diese innerhalb der gesetzten Äußerungsfrist (25.01.2021) abgeben kann. Die bisherige Prüfung der von der Regierung von Oberbayern zur Verfügung gestellten Unterlagen hat keine relevanten Lücken der vorgeschlagenen Umweltuntersuchungen ergeben.

Der Gemeinderat wird auf dem Laufenden gehalten.

AZ 611  
Bauamt

## 10. Sitzung des Gemeinderates vom 14.01.2021

Lfd. Nr. Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

115

24

#### **Bekanntgaben / Anfragen**

#### **BEK 01/2021 ÖPNV, Bezuschussung von MVV-Jahresabonnements durch den Landkreis München**

Im Sommer diesen Jahres wurde die Gemeinde vom Landratsamt München über den Beschluss des Kreistags vom 23.09.2019 (DS 14/1330) wie folgt informiert:

Auszug aus dem Beschluss:

„Der Landkreis München erstattet den Einwohnern des Landkreises (Erstwohnsitz), die eine Zeitkarten (Jahresabonnement) für den MVV abonniert haben (IsarCard, IsarCard 9 Uhr, IsarCard 65, IsarCardJob oder Ausbildungstarif I bzw. II) und hierbei die Geltungsbereiche M+1 (Zone M + Zone 1) oder M+2 (Zone M + Zone 1 +Zone 2) nutzen, den Differenzbetrag zu einer entsprechenden Zeitkarte im Abo mit dem Geltungsbereich Zone M. Diese Erstattungsregelung für die Einwohner des Landkreises gilt für die Jahre 2020 und 2021. Eine Erstattung erfolgt auf Antrag jährlich im Nachgang.

Bedingung einer Erstattung an die Einwohner des Landkreises ist, dass die Abwicklung im Sinne einer bürgerfreundlichen und wohnortnahen Erledigung vor Ort bei der jeweiligen Stadt bzw. Gemeinde des Landkreises erfolgt. Die Städte und Gemeinden des Landkreises erhalten die an die Bürger ausgezahlten Erstattungen dann wiederum vom Landkreis München erstattet.“

Aufgrund von Einwendungen einiger Kommunen, die die Antragsbearbeitung nicht, wie im vorgenannten Beschluss vorgesehen, übernehmen wollen, teilt das Landratsamt München mit, dass durch den Landrat eine erneute Prüfung angeordnet wurde.

Der Kreistag entschied nun am 14.12.2020 folgendes:

„Nachdem die Gemeinden Planegg, Schäftlarn und Ottobrunn nicht zum Vollzug der Bezuschussung der MVV-Jahresabonnements bereit sind, wird die Verwaltung beauftragt, die entsprechenden Maßnahmen zur Abwicklung durch das Landratsamt vorzubereiten.

Dabei soll der Prozess möglichst schlank und digital abgebildet werden, soweit dies möglich und wirtschaftlich ist.

Eine Antragstellung und Auszahlung ist erst nach Schaffung der entsprechenden Strukturen im Landratsamt möglich. Bei der Abwicklung ist – zumindest zunächst – auf Zeitarbeitskräfte zu setzen.“

AZ 851  
Bauamt

## 10. Sitzung des Gemeinderates vom 14.01.2021

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

- 115  
24      **Bekanntgaben / Anfragen**  
**BEK 01/2021 - Antrag der Parteifreien Wählerschaft Unterföhring (PWU)**  
**zur Prüfung der Machbarkeit für eine direkte Radwegeverbindung vom**  
**Isarradweg zur Münchner Straße**

Der Erste Bürgermeister gibt den Antrag der Parteifreien Wählerschaft Unterföhring (PWU) vom 13.01.2021 zur Prüfung der Machbarkeit für eine direkte Radwegeverbindung von Isarradweg zur Münchner Straße bekannt und teilt mit, dass dieser in einer der nächsten Sitzungen des Gemeinderats auf die Tagesordnung kommt.

Hauptamt

- 115  
24      **Bekanntgaben / Anfragen**  
**Anfrage Frau Rader - aktueller Stand kostenlose**  
**Videokonferenzplattform und aktueller Sachstand/Feedback**  
**Lüftungsgeräte Kindertageseinrichtungen**

Frau Rader erkundigt sich nach dem aktuellen Stand der kostenlosen Videokonferenzplattform, welche auf der gemeindlichen Homepage implementiert werden soll. Frau Bühring teilt dem Gremium mit, dass es noch an einem kleinen Problem bei der Verwendung liegt, diese aber zeitnah behoben werden soll, sodass diese Plattform demnächst zur Verfügung steht.

Des Weiteren erkundigt sich Frau Rader nach einem aktuellen Feedback zu den beschafften Lüftungsgeräten für die Kindertageseinrichtungen. Hierzu teilte Herr Müller dem Gremium mit, dass diese vereinzelt bereits in Betrieb sind aber noch kein nennenswertes Feedback vorliegt.

Hauptamt



## 10. Sitzung des Gemeinderates vom 14.01.2021

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

115

24

#### Bekanntgaben / Anfragen

#### Anfrage Frau Schödl - Beteiligung Jugend- und Kulturausschuss beim Konzept zur Bildungsreihe Rassismus

Frau Schödl fragt an, ob das Konzept zur Bildungsreihe Rassismus auch dem Jugend- und Kulturausschuss vorgelegt wird.

Der Vorsitzende teilt dem Gremium mit, dass der Gemeinderat das Kulturamt mit dieser Aufgabe vertraut hat, sodass die Rückmeldung hierzu nur an den Gemeinderat geht.

Hauptamt

Nachdem keine weiteren Anfragen gestellt werden bedankt sich der Vorsitzende bei den Gemeinderatsmitgliedern für die konstruktive Sitzung sowie bei den Zuhörern und der Pressevertreterinnen für ihren Besuch und schließt die Sitzung um 22:20 Uhr.

---

Andreas Kemmelmeier  
Erster Bürgermeister

---

Felix Kinzinger  
Schriftführer